

Beschluss des Landesparteirats am 5. September 2020

Mühlrose/Miřoraz muss bleiben - sofortiger Stopp aller Abrissarbeiten in Mühlrose/Miřoraz

Ende August hat die LEAG in Mühlrose/Miřoraz, einem sorbischen Dorf in der Oberlausitz am Tagebau Nochten, mit dem Abriss von zwei leerstehenden Häusern begonnen. Diese Häuser befinden sich im Eigentum der LEAG. Damit setzt der Energiekonzern symbolisch den Startschuss für den Abriss des gesamten Dorfes. Dieser ist energiewirtschaftlich nicht notwendig. Es existiert keine bergrechtliche Genehmigung zur Abbaggerung für das sogenannte Sonderfeld Mühlrose/Miřoraz, diese wurde noch nicht einmal von der LEAG beantragt! Die völlig sinnlose Zerstörung eines sorbischen Dorfes kann darum nur als Machtdemonstration und Provokation verstanden werden, für die uns jedes Verständnis fehlt.

Die LEAG hat bisher keine Überarbeitung ihres Revierkonzeptes infolge der Beschlüsse zum Kohleausstieg vorgelegt. Diese Überarbeitung ist eine Voraussetzung für die Fortschreibung des Braunkohleplanes. Erst mit dessen Genehmigung könnte überhaupt eine Rechtsgrundlage für die Abbaggerung der Braunkohle unter Mühlrose/Miřoraz geschaffen werden.

Im sächsischen Koalitionsvertrag ist festgeschrieben, dass kein Dorf abgebaggert wird, wenn die darunterliegende Kohle nicht für den Betrieb der Kraftwerke benötigt wird. Es gibt bereits jetzt mehrere Gutachten¹, die diese Voraussetzung für Mühlrose/Miřoraz nicht mehr sehen. Die rund 150 Millionen Tonnen Kohle unter Mühlrose/Miřoraz werden laut dem Gutachten von Ernst & Young im Auftrag der Bundesregierung nicht benötigt. Das Gutachten kommt zu folgendem Schluss: „Damit liegt der planmäßig zu fördernde Kohlebedarf durch Erschließung des Sonderfeldes Mühlrose/Miřoraz nach unseren Plausibilitätsüberlegungen (...) um 139 Mio. t über dem Kohlebedarf im Ausstiegsszenario gemäß der Bund-/Länder-Einigung.“

¹ Gutachten Ernst & Young: [Plausibilisierung der Unternehmensplanung der LEAG hinsichtlich der Nutzung von Braunkohle](#) Analyse von [Kraftwerk-Stilllegungspfaden für das Lausitzer Revier](#), Öko-Institut

Der mit den meisten Einwohner*innen von Mühlrose/Miķoraz im vergangenen Jahr ausgehandelte Umsiedlungsvertrag stellt eine privatrechtliche Vereinbarung zwischen der LEAG und den Einwohner*innen dar. Diese stellen wir nicht in Frage. Nach der jahrzehntelangen Unsicherheit über den Verbleib des Dorfes, setzen wir uns dafür ein, dass diejenigen, die umsiedeln wollen, dies auch können. Gleiches Recht muss aber für diejenigen gelten, die sich dagegen entscheiden. Sie dürfen nicht gegen ihren Willen zum Umzug gezwungen werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen fordern die LEAG auf, den Abriss sofort zu stoppen und so schnell wie möglich eine an die Gegebenheiten des vereinbarten Kohleausstiegsgesetzes angepasste Revierplanung vorzulegen. Ohne diese gibt es keine belastbare Entscheidungsgrundlage dafür, Mühlrose/Miķoraz und damit ein Stück sächsische Heimat zu zerstören.

Wir fordern zudem den zuständigen Sächsischen Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit, Martin Dulig, auf, im Sinne des Kohleausstiegsgesetzes und des Koalitionsvertrags eine Perspektive für Mühlrose/Miķoraz zu schaffen. Bei der Überarbeitung der Revierplanung auf Basis dieser Gutachten muss auf die Abbaggerung des Sonderfelds Mühlrose/Miķoraz verzichtet werden!

Als sächsischer Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen wir weiterhin fest, dass die aktuellen Braunkohleplanungen ohnehin nicht vereinbar mit den völkerrechtlich verbindlichen Pariser Klimazielen sind. Darum setzen wir uns dafür ein, schnellstmöglich die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, die Fördermengen der Tagebaue deutlich zu verringern und die Abbaufächen signifikant verkleinern zu können.

Wir solidarisieren uns mit allen Menschen vor Ort, die für den Erhalt des Dorfes und ihrer Häuser kämpfen und stehen an ihrer Seite. Für uns ist ganz klar: Alle Dörfer bleiben!

Begründung der Dringlichkeit

Der Abriss der Häuser wurde am Sonntag angekündigt und die Arbeiten begannen am Montag. Dadurch war es nicht mehr möglich den Antrag fristgerecht zu schreiben. Da der Abriss aber bereits begonnen hat, kann die Forderung nach einem Stopp dieser nicht mehr bis zur nächsten LPR-Sitzung warten.

Ende August hat die LEAG in Mühlrose/Miłoraz, einem sorbischen Dorf in der Oberlausitz am Tagebau Nochten, mit dem Abriss von zwei leerstehenden Häusern begonnen. Diese Häuser befinden sich im Eigentum der LEAG. Damit setzt der Energiekonzern symbolisch den Startschuss für den Abriss des gesamten Dorfes. Dieser ist energiewirtschaftlich nicht notwendig. Es existiert keine bergrechtliche Genehmigung zur Abaggerung für das sogenannte Sonderfeld Mühlrose/Miłoraz, diese wurde noch nicht einmal von der LEAG beantragt! Die völlig sinnlose Zerstörung eines sorbischen Dorfes kann darum nur als Machtdemonstration und Provokation verstanden werden, für die uns jedes Verständnis fehlt.

Die LEAG hat bisher keine Überarbeitung ihres Revierkonzeptes infolge der Beschlüsse zum Kohleausstieg vorgelegt. Diese Überarbeitung ist eine Voraussetzung für die Fortschreibung des Braunkohleplanes, dessen Genehmigung erst die Rechtsgrundlage für eine Inanspruchnahme der Braunkohle unter Mühlrose/Miłoraz schaffen würde.

Im sächsischen Koalitionsvertrag ist festgeschrieben, dass kein Dorf abgebaggert wird, wenn die darunterliegende Kohle nicht für den Betrieb der Kraftwerke benötigt wird. Es gibt bereits jetzt mehrere Gutachten², die diese Voraussetzung für Mühlrose/Miłoraz nicht mehr sehen. Die rund 150 Millionen Tonnen Kohle unter Mühlrose/Miłoraz werden laut dem Gutachten von Ernst & Young im Auftrag der Bundesregierung nicht benötigt. Das Gutachten kommt zu folgendem Schluss: „Damit liegt der planmäßig zu fördernde Kohlebedarf durch Erschließung des Sonderfeldes Mühlrose/Miłoraz nach unseren Plausibilitätsüberlegungen (...) um 139 Mio. t über dem Kohlebedarf im Ausstiegsszenario gemäß der Bund-/Länder-Einigung.“

Der mit den meisten Einwohner*innen von Mühlrose/Miłoraz im vergangenen Jahr ausgehandelte Umsiedlungsvertrag stellt eine privatrechtliche Vereinbarung zwischen der LEAG und den Einwohner*innen dar. Diese stellen wir nicht in Frage. Nach der jahrzehntelangen Unsicherheit über den Verbleib des Dorfes, setzen wir uns dafür ein, dass diejenigen, die umsiedeln wollen, dies auch können. Gleiches Recht muss aber für diejenigen gelten, die sich dagegen entscheiden. Sie dürfen nicht gegen ihren Willen zum Umzug gezwungen werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen fordern die LEAG auf, den Abriss sofort zu stoppen und so schnell wie möglich eine an die Gegebenheiten des vereinbarten Kohleausstiegsgesetzes angepasste Revierplanung vorzulegen. Ohne diese gibt es keine belastbare Entscheidungsgrundlage dafür Mühlrose/Miłoraz und damit ein Stück sächsische Heimat zu zerstören.

² Gutachten Ernst & Young: [Plausibilisierung der Unternehmensplanung der LEAG hinsichtlich der Nutzung von Braunkohle](#) Analyse von [Kraftwerk-Stilllegungspfaden für das Lausitzer Revier](#), Öko-Institut

Wir fordern zudem den zuständigen Sächsischen Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit, Martin Dulig, auf, sich dafür einzusetzen, dass die Perspektiven für Mühlrose/Miřoraz auf der Basis der Kohleausstiegsgesetze und des sächsischen Koalitionsvertrages schnellstens geklärt werden. Bei der Überarbeitung der Revierplanung muss auf die auf Basis der Gutachten auf die Inanspruchnahme des Sonderfelds Mühlrose/Miřoraz verzichtet werden.

Wir solidarisieren uns mit allen Menschen vor Ort, die für den Erhalt des Dorfes und ihrer Häuser kämpfen und stehen an ihrer Seite. Für uns gilt ganz klar: Alle Dörfer bleiben!

Darüber hinaus sind wir uns als Landesverband bewusst, dass die aktuellen Braunkohleplanungen nicht vereinbar mit den völkerrechtlich verbindlichen Pariser Klimazielen sind. Wir setzen uns dafür ein, schnellstmöglich die Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Auskohlung der Tagebaue deutlich zu verringern und die Abbaufächen deutlich verkleinern zu können.

Begründung der Dringlichkeit

Der Abriss der Häuser wurde am Sonntag angekündigt und die Arbeiten begannen am Montag. Dadurch war es nicht mehr möglich den Antrag fristgerecht zu schreiben. Da der Abriss aber bereits begonnen hat, kann die Forderung nach einem Stopp dieser nicht mehr bis zur nächsten LPR-Sitzung warten.